

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeitzer Straße 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einseitige
Reizzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 38. Sonnabend, den 18. September 1915. 19. Jahrgang.

Zur Lage der bayrischen Granitindustrie.

Am 11. September fand im Ministerium des Innern in München eine Besprechung statt, um die missliche Lage der bayrischen Granitindustrie zu erörtern. Die Herren Steinbruchbesitzer und Steinmetzmeister sowie auch der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands (Sitz Leipzig) hatten wiederholt Eingaben an die bayrische Regierung gemacht, in denen in sachlicher Weise dargestellt wurde, daß die Granitindustrie eine schwere Krise durchzumachen hätte. Diese Eingaben mögen der künigl. bayrischen Staatsregierung Veranlassung zu dieser Besprechung gegeben haben. Die Besprechung wurde geleitet vom Ministerialdirektor Dr. v. Weizsäcker; ferner waren 30 Herren anwesend, teilweise aus der Industrie. Vertreter der Stadt München, auch der Rektor der Hochschule München war vertreten. In der Besprechung hat man auch den Zentralverband sowie den christlichen Keramarbeiterverband zugezogen. Von bayrischen Granitindustriellen waren zugegen: die Herren Kommerzienrat Schödel-Schwarzenbach, Wölfler-Weihenstephan, Kerber-Waldberg, Schömann-München, Schwinger-Mohsbach, Feinrich-Mohau, Senfried-Regensburg und Jahn-Berneck. In vorstehenden Referaten legten die Herren Kommerzienrat Senfried-Regensburg (für die Pfaltersteingruben), Franke-Karlruhe (Schleiferindustrie) und Wölfler (Werksteinindustrie) die missliche Lage der bayrischen Granitindustrie dar.

Aus ihren Ausführungen sei resümierend folgendes hervorgehoben:
Zu den ältesten Industriezweigen Bayerns gehört die Granitindustrie des Bayerischen Waldes, der Oberpfalz und des Fichtelgebirges, die um die Mitte des vorigen Jahrhunderts bis zum Ausgang der 80er Jahre in der bayrischen Volkswirtschaft einen angesehenen Platz eingenommen hat. Leider hat die Entwicklung der Technik (Bautechnik) einen Weg beschritten, der die Existenz der bezugsnehmenden Granitindustrie außerordentlich erschwert hat. Man kann nicht behaupten, daß die Wirtschaftssubjekte, welche als Träger der Granitindustrie in Frage kommen, mit dem Fortschritt der Technik nicht Schritt gehalten oder den Anforderungen der modernen Bauweise nicht genügt hätten.

Die Entstehung der sächsischen und schlesischen Werke hat der bayrischen Granitindustrie die Absatzmöglichkeiten ungenießerweise entzogen; heute darf gesagt werden, daß die bayrischen Werke gegen die sächsischen und schlesischen Konkurrenzunfähig geworden sind, weil eben die Grundlagen für die Preisbildung in Sachsen und Schlesien viel günstiger sind als in Bayern. Dies hat sich bei den Verhandlungen der Granitlieferungen zum Erweiterungsbau des Kaiser-Wilhelm-Kanals deutlich gezeigt. Von den bayrischen Werken konnte sich nur eins aus dem Fichtelgebirge unbedeutend, dafür aber mit erheblichem Verluste, beteiligen. Die Werke Niederbayerns und der Oberpfalz sind bei diesen wie auch bei späteren Verhandlungen leer ausgegangen. Im Schwarzwalde, auch im Odenwalde genannt die Granitindustrie durch Aufschließung ergiebiger Granitlager mehr und mehr an Bedeutung und verdrängte die bayrische Granitindustrie aus Baden, Württemberg, Hessen, Elsaß-Lothringen und dem Rheinlande, wobei ihr ebenfalls die weit günstigeren Frachtverhältnisse und Wasserwege zugute kamen.

Einige Architekten glaubten endlich die Granitindustrie völlig vernichtet zu müssen und bezeichneten Erzeugnisse aus Granit, namentlich in geschliffenem und poliertem Zustande, überhaupt als unklügerisch, ja einige Stadtverwaltungen gingen so weit und erließen gegen die Aufstellung Grabdenkmäler aus poliertem Granit mehr oder weniger verfaßte Verbote. Gewiß fehlt es nicht an angesehenen Baukünstlern, welche die Ansicht der vorerwähnten Architekten nicht teilen, wie man andererseits über die künstlerische und ästhetische Wirkung eines der größten Eisenbahnbauwerke der Welt, des Deutschen Museums in München — namentlich nach einem ergiebigen Regen — sehr wohl anderer Meinung sein kann als verschiedene Baukünstler.

In gleichem Maße wie der Beton und der Eisenbeton die Verwendung von Granit so sehr ungünstig beeinflusst hat, wurde durch die ungeheure Verbreitung des Alpkalibetons das Granitpflaster von den Straßen der Großstädte verdrängt, was zum Niedergang der Granitindustrie erheblich beigetragen hat, wenn auch die Einführung des Kleinsteinpflasters an Stelle der Mosaikpflasterung einen kleinen Ausgleich geschaffen hat.

In der Denkschrift, welche von den Unternehmern der Regierung überreicht wurde, wurde u. a. folgendes gefordert:

1. Auf den technischen Hoch- und Bauwerksschulen soll in Zukunft der Naturstein mehr propagiert werden.
2. In den Friedhofsanordnungen sollen diejenigen Hinweise gestrichen werden, welche sich gegenüber dem polierten Granit als schädlich erwiesen haben.
3. Den Industrieerzeugnissen in der Granitbranche sollen Bahnfrachtermäßigungen gewährt werden.
4. Beim Abschluß des Handelsvertrags mit Oesterreich-Ungarn soll der jetzt bestehende Ausfuhrzoll beseitigt werden.
5. Bei Staatsarbeiten (insbesondere Militär- und Verkehrsbauprojekten) getrennte Vergütung der Steinmetzarbeiten von den Erd- und Maurerarbeiten.
6. Bei Festungsbauten soll in Zukunft der Granit wieder besser zur Verwendung gelangen.

Aus den mündlichen Darstellungen der Herren Unternehmer war zu entnehmen, daß die Werke heute nicht mehr rentabel seien und daß die jetzige Kriegslage das ihrige getan hat, um der Industrie den Todesstoß zu verfehlen. Auch die Arbeitervertreter mußten aus den Darstellungen der Herren Unternehmer den Schluß ziehen, daß wirklich großer Auftragsmangel vorliegt und die Werke wohl kaum mehr rentieren. Von unserer Seite nahm Kollege Staudinger-Weizsäcker das Wort, der etwa folgendes ausführte:

Von Seiten der bayrischen Regierung sei der Granitindustrie immer das größte Wohlwollen entgegengebracht worden, so lautet das Argument der Regierungsvertreter. Aber die Steinarbeiter selbst haben von diesem Wohlwollen herzlich wenig gemerkt. Er komme selbst aus einem niederbayrischen Granitbezirk und kenne somit die Lage der Granitindustrie aus eigener Anschauung genau, und da sei zu sagen: Vor 20 Jahren noch war diese Industrie außerordentlich blühend, und es war ein besonders guter Absatz an reifen, polierten Werksteinen zu verzeichnen. Auch die Pfalter-

steinproduktion hatte einen sehr guten Absatz. Die bayrischen Granitwerke, ganz gleichgültig, ob diejenigen im Bayerischen Wald oder Fichtelgebirge in Frage kommen, seien von hervorragender Güte und verfügten über eine sehr große Druckfestigkeit. Münchner Bauten sind ein Beweis dafür, daß diese Behauptung keine Übertreibung sei. Ja, es muß hinzugefügt werden, der bayrische Granit kann sich in bezug auf seine Güte mit Rechtigkeit mit den übrigen Materialien aus Deutschland messen. Die Steinmetzen leiden unter der jetzigen Krise sehr, und für die Volkswirtschaft sei besonders bemerkenswert, daß die tüchtigsten Steinmetzen aus Bayern schon seit etwa fünf Jahren nach Mittel- und Norddeutschland abwandern. In Unternehmerrreisen ist durchwegs die Meinung vorhanden, daß, soweit die Qualifikation der Steinmetzen und Schleifer in Frage kommt, die Arbeiter aus Bayern als äußerst tüchtig anzusprechen sind.

Gewiß sind von Seiten der Regierung Erlasse hinausgeschickt worden, die Bauverwaltungen haben davon auch Kenntnis genommen, aber die Entwürfe waren vorzüglich auf Beton und Kunststein zugeschnitten, so daß die Arbeiter vollständig unbefriedigt darüber sind, daß die Regierung für sie noch nicht mehr getan hat. Die Regierung muß ferner, wenn es sich um Bauten des Reichs handelt, so z. B. in Kiel und Wilhelmshaven, in Berlin dafür einsetzen, daß bei den Steinlieferungen auch auf die sächsische Granitindustrie Bezug genommen wird. Eine Frachtermäßigung ist deshalb äußerst nötig, wenn wir sonst die geographische Lage, die sehr ungünstig genannt werden muß, wieder wettmachen wollen. Wenn die Herren Regierungsvertreter die Granitindustrie in Niederbayern besichtigen würden, so würde sich zweifellos ergeben, daß einige davon beinahe ein Aussehen haben, als handle es sich um antike Steinbrüche aus dem griechischen und römischen Zeitalter, und dem Steinmetzen muß das Herz im Leibe weh tun, wenn er sehen muß, daß sein Beruf immer mehr und mehr wirtschaftlich Schaden leidet. Und wenn die Herren Volkswirtschaftler und Statistiker in Zukunft ihre großen Werke schreiben will, daß die bayrische Industrie im allgemeinen, so muß das Kapitel über die Steinindustrie lauten, daß diese der Geschichte angehört. Auch die Schleiferindustrie, die besonders im Fichtelgebirge dominiert, leidet durch die neuesten Bestrebungen bekannter Friedhofs-Architekten in starker Weise. Die Regierung würde sich ein großes Verdienst erwerben, wenn deshalb jene verböhlenden Bestimmungen in Zukunft außer Kraft gesetzt würden. Der Einwand, daß der Granit künstlerisch nicht aekstaltungsfähig sei, sei stark zurückzuweisen, denn bekannte Münchner und andre bedeutende deutsche Künstler haben Entwürfe angefertigt, welche beweisen, daß auch der Granit künstlerisch gestaltet werden kann.

In diesem Zusammenhange muß hinzugefügt werden, daß sich der Verband deutscher Granitwerke, Sitz Karlsruhe, sehr verdient gemacht hat, dem Publikum neue Entwürfe von hervorragenden Künstlern zugänglich zu machen. Daß die Schleifer-Industrie wirklich Gebietenes leistet, hat deren Ausstellung im Jahre 1912 in München und auf der Internationalen Kaufmann-Ausstellung in Leipzig 1913 recht glänzend bewiesen. Auf der letzteren wurde den Herren Unternehmern der goldene Staatspreis zuerkannt. Also auch die Arbeiter erkennen an, daß die Herren Industrieführer sehr bemüht waren, auch dem künstlerischen Geschmack des Publikums in weitestem Maße entgegenzukommen. Kollege Staudinger schloß mit den Worten, daß er die Regierung dringend ersuche, daß die aufgestellten Forderungen der Herren Unternehmer auch angenommen werden möchten.

In der weiteren Debatte beteiligte sich auch Herr Staatsrat Gndres, der meinte, eine Frachtermäßigung könnte nicht mehr in Betracht kommen. Auch die übrigen Industrien würden sofort eine solche verlangen. Die Behauptung könne kaum annehmbar bleiben, daß an den Eisenbahnbauten der Granit nicht genügend berücksichtigt wird. Es hätte sich herausgestellt, daß in bestimmten Gegenden die Verwendung des Betons als sehr wirtschaftlich zu bezeichnen sei. Das heute Gehörte soll aber dazu beitragen, daß die Staatsbahnenverwaltung die Steinindustrie möglichst berücksichtigen würde.

Ein Vertreter der Stadt München, besserer Name uns unbekannt ist, verteidigte insbesondere die Bestrebungen des Baurats Dr. Gräßl, der ja bekannterweise als ein Gegner des polierten Granits anzupreisen ist. Der Vertreter der Stadt München meinte, daß auf einigen Friedhöfen vorletzte polierte Denkmäler aufgestellt seien. Auch die Münchner Steinmetzmeister hätten sich dagegen gewendet, daß einige Herren, die absolut nicht katechistisch gebildet waren, für auswärtige Firmen Monumente nach dem Katalog verkaufen. Dem konnte sich die Stadt München nicht verschließen, es mußte eine Kenderung eintreten. (Nurfallig war es, daß Herr Dr. Gräßl, der selbst anwesend war, das Wort zu dieser wichtigen Frage nicht nahm.) Es nahmen nun das Wort die Herren Abgeordneten Dr. Maszinger (Senitium) und Simon (Sozialdemokrat). Aus den Reden dieser beiden ging hervor, daß die Regierung über das bekannte Wohlwollen hinaus nichts getan habe. Genosse Simon verneinte besonders darauf, daß eine Reihe von Friedhofsbauten in Oberfranken aus Beton hergestellst seien; ein solches Verfahren sei unverständlich, in der Nähe dieser Kunstbauten befände sich das beste Granitmaterial. Auch Herr Schwarz (vom Keramarbeiterverband) nahm an der Debatte teil.

Für unsere Kollegen wird es interessant sein, die Ausführungen des Rektors der Technischen Hochschule München wiederzugeben. Er führte aus: Der Rückgang der Natursteinindustrie sei zu beklauern. Aber die Hochschule sei nicht dazu da, um nun in einseitiger Weise die eine oder andere Industrie zu propagieren. Die Hochschule müsse in diesen Fragen neutral sein, oder besser gesagt, sie müsse alle neuzeitlichen Fragen in der Bautechnik in ihr Lehrprogramm aufnehmen. Die einzelnen Professoren sind sicher nicht dem Granit abgeneigt, aber es sei nun einmal der Aus der Zeit, daß Beton und Kunststein, härter als ihm selbst sei, Verwendung gefunden hätten. Er bitte, über die heutige Verhandlung ein eingehendes Protokoll verfaßten zu lassen und dieses den technischen Staatslehranstalten überweisen zu lassen. Ausdrücklich formuliere er, daß von einer Graniteindlichkeit an der Münchner Hochschule keine Rede sein könne.

Es nahmen nun noch einige Herren das Wort, teilweise um Richtigstellungen vorzunehmen, teilweise um darauf hinzuweisen, daß die wirtschaftliche Lage der bayrischen Granitindustrie wirklich so schlecht sei als wie dies dargestellt wurde.

Der Leiter der Besprechung, Herr Ministerialrat Dr. v. Weizsäcker, äußerte sich resümierend über die Referate und die Diskussion und

versicherte, daß die bayrische Staatsregierung alles tun werde, um den Worten auch die Tat folgen zu lassen. Mit dem Wunsch, daß es der Granitindustrie in Zukunft besser gehen möge, schloß er die Besprechung.

Sicherlich hat die Besprechung auf die Teilnehmer einen guten Eindruck hinterlassen. Allerdings fiel uns auf, daß sich sogar die Unternehmer für das bisherige „Wohlwollen“ der Regierung bedankten. Diese Geste war nicht einmal aus Höflichkeit notwendig, denn die Berufsinteressenten haben doch von der Regierung dies und jenes zu fordern. Vielleicht hat die Regierung die Steinindustriellen sowie die Vertreter der Arbeiter in letzter Stunde noch deshalb gehört, weil in den nächsten Tagen der bayrische Landtag zusammentritt. Aber geben wir uns keiner Täuschung hin, auch der Landtag wird an der misslichen Lage nicht viel ändern können. Vielleicht war es ein Fehler, daß man seitens der Interessenten die Dinge so lange laufen ließ. Auf Kosten des Reichs werden alljährlich so viel Bauten aufgeführt, aber nur selten hört man, daß die bayrische Granitindustrie davon Aufträge erhält. Das muß natürlich in Zukunft anders werden. Bezüglich unserer Delegation wünschten wir, daß auch Kollege Erlbacher (München) an der Besprechung hätte teilnehmen können. Das Ministerium telegraphierte, daß es diesem Antrage nicht zustimmen könnte, weil auch bei der Delegation der Arbeiterverbände „Parität“ gelte, was auch der Delegation der Keramarbeiter im selben Gebiet, an der Besprechung nahmen zwei Delegierte teil. Diese Parität schaut allerdings recht sonderbar aus. Aber unsere Kollegen brauchen nicht beunruhigt zu sein. Wenn von uns 1 1/2 Duzend Delegierte aus Gebieten der Parität zur Stelle gewesen wären, am Ende resultat wäre auch nichts geändert worden, denn es kommt meist doch bloß ein Redner der Partei zum Wort. Aber die Berufung auf die Parität durch die Regierung war recht sonderbar.

Kriegserwinne, Lebensmittelpwucher und Steuerzuschläge.

Unter der Devise: „Es ist Krieg und im Kriege muß Geld verdient werden!“ führen zahlreiche Leute in Deutschland einen rücksichtslosen, unerbittlichen Kampf gegen die Kraft und die Gesundheit unseres Volkes. Sie füllen sich auf Kosten der Allgemeinheit ihre Taschen, sie laden kassierend Millionen erwinne ein, und während die Volksmassen unter einem ungeheuren Druck seufzen, bemühen sie die schwere Zeit zu einem ungehörten Raubzug. Es ist geradezu himmelschreiend, daß es Volksgenossen gibt, die kein höheres Ziel kennen, als die augenblickliche Not für sich in eine schier unergründliche Goldgrube umzuwandeln. Und was das schlimmste ist, wir sind anscheinend machtlos gegen diese Vampyre, die an unserm Volkskörper laugen. Denn während wir Deutschen stolz darauf sind, daß wir brauchen an den Grenzen der Feinde gewonnen sind, mühen wir mit Beschämung getrieben, daß wir nicht imstande sind, uns gegen die Feste im Innern zu wehren.

Da sind zunächst jene Profitpatrioten, die von Vaterlandsliebe überfließen, dabei aber den Staat als eine melkende Kuh betrachten. Sie halten untereinander zusammen wie Pech und Schwefel und zwingen dadurch den Staat, sich ihren unverkündeten Forderungen zu fügen und ihnen Preise zu zahlen, die geradezu unerhörte sind. Auch den Gemeinden haben sie das Messer an die Kehle gesetzt und ihnen unheimlich hohe Preise abgefordert. Als Staat und Gemeinden für zukünftige Bedürfnisse des Volkes sorgen und Vorrate einkaufen wollten, haben jene Leute eine Erpressertaktik angewandt und dadurch ganz unerlaubte Vorteile erzielt. Besonders aber liegt die Mäuserel in Altit, wenn es sich um Lieferungen für Meer und Flotte handelt. Hier haben die Kriegslieferanten wahre Riesenerwinne herausgeschlagen, und während die finanziellen Schwierigkeiten immer größer werden, reiben sich die Mäuser schnitzend die Hände. Natürlich läßt sich die Höhe dieser Erwinne nicht ziffernmäßig feststellen, ja nicht einmal abschätzen, weil dazu unser wirtschaftlicher Organismus zu verwickelt und die Geistesfreiheit der Unternehmer viel zu groß ist. Selbst bei der gründlichsten Nachprüfung wird es nicht möglich sein, die geheimen Schleichwege aufzuspüren, die gegangen werden, um die Behörden über das Ohr zu hauchen, und die verborgenen Kanäle anzudecken, durch die das ergründete Geld abgeflossen ist. Immerhin zeigt schon ein einziger Blick in die Abrechnungen der verschiedenen Kapitalgesellschaften, die Kriegslieferungen haben, welche ungeheure Summen in den Kriegsmonaten herausgewirtschaftet worden sind. Es gibt zahlreiche Unternehmungen, die ihre Gewinne gegen früher verdoppelt und verdreifacht haben und die infolgedessen, trotz umfangreicher Abschreibungen und Wegbuchungen, in der Lage sind, Dividenden zu beschließen, an die in den Jahren des Friedens kein Aktionär auch nur im Traume gedacht hat.

Diese Tatsache, daß der gegenwärtige Krieg, der so unendliche Opfer an Gut, Blut und Leben kostet, gewissen Kapitalistengruppen ungeheure Gewinne in der Tasche wirft, macht natürlich überall böses Blut und fordert zu unlieblichen Vergleichen auf. Dem erhabenen Opfermut der Millionen, die da draußen fürs Vaterland verbluten, wird die Profitgier und die Gabsucht der Kriegslieferanten gegenübergestellt. „Zwei Millionen Bürger haben freiwillig ihrem Vaterlande Leib und Leben angeboten“, so schrieb der bürgerliche Sozialpolitiker Deim: Pothoff, „aber nicht zwei Fabrikanten haben der Heeresverwaltung angeboten, ihr den nötigen Bedarf zu beschaffen mit üblicher Verzinsung zu liefern. Nicht zwei Landwirte oder Händler haben sich ernstlich daran die allgemeine Verteuerung der Lebensmittel anheimt, sie dem Reiche die Kriegskosten umstänlich erhöhen und dem Volke das Durchhalten unmöglich erschweren. Ohne Ausnahmen finden auf allen Gebieten Versteigerungen statt, auch wo von einer Erhöhung der Versteigerungssätze gar keine Rede ist. Jeder nimmt, was er kriegen kann, der Preiswucher ist zur allgemeinen Verherrlichung geworden. Und was das schlimmste ist, es wird tatsächlich als Sitte anerkannt.“ Die letzte Behauptung trifft leider zu, denn man konnte in kapitalistischen Mänteln sein, es sei eine kindische Zumutung, daß die Unternehmer für den Staat umsonst arbeiten sollten. Im Gegenteil, es müßte Geld verdient werden, denn Geld verdienen werde auch in Kriegszeiten noch geschrieben. Es sei das gute Recht der Kapitalisten, die sich den neuen Verhältnissen

